

Gouvernements de Communauté et de Région

|

Gemeenschaps- en Gewestregeringen

Gemeinschafts- und Regionalregierungen

Communauté flamande

Région de Bruxelles-Capitale

Région de Bruxelles-Capitale

Service public régional de Bruxelles Fiscalité. — Avis relatif à l’adaptation de la taxe de circulation sur les véhicules automobiles en exécution de l’article 11 du Code des taxes assimilées aux impôts sur les revenus (CTA). — Nouveaux tarifs à partir du 1^{er} juillet 2023. — Erratum, p. 105783.

Service public régional Bruxelles Fonction publique

Sélection comparative de HR assistants Payroll (m/f/x) (niveau B) néerlandophones pour le SIAMU. — Numéro de sélection : REQ355, p. 105783.

Les Publications légales et Avis divers

Ils ne sont pas repris dans ce sommaire mais figurent aux pages 105784 à 105814.

Vlaamse Gemeenschap

Vlaamse overheid

Bekendmaking vacatures en modaliteiten betreffende de aanstelling van 2 ambten van inspecteur-adviseur islamitische godsdienst, bl. 105778.

Vlaamse overheid

Economie, Wetenschap en Innovatie

Oproep nieuwe aanvragen brownfieldconvenanten, bl. 105779.

Brussels Hoofdstedelijk Gewest

Brussels Hoofdstedelijk Gewest

Gewestelijke Overheidsdienst Brussel Fiscaliteit. — Bericht over de aanpassing van de verkeersbelasting op de autovoertuigen ingevolge artikel 11 van het Wetboek van de met inkomstenbelastingen gelijkgestelde belastingen (WIGB). — Nieuwe tarieven vanaf 1 juli 2023. — Erratum, bl. 105783.

Gewestelijke Overheidsdienst Brussel Openbaar Ambt

Vergelijkende selectie van Nederlandstalige HR assistenten Payroll (m/v/x) (niveau B) voor DBDMH. — Selectienummer: REQ355, bl. 105783.

De Wettelijke Bekendmakingen en Verschillende Berichten

Deze worden niet opgenomen in deze inhoudsopgave en bevinden zich van bl. 105784 tot 105814.

LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN

SERVICE PUBLIC FEDERAL
CHANCELLERIE DU PREMIER MINISTRE

[C – 2023/46514]

9 MARS 2022. — Arrêté royal fixant les modalités relatives à l'obligation pour les opérateurs économiques en matière de facturation électronique dans le cadre des marchés publics et des contrats de concession. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 9 mars 2022 fixant les modalités relatives à l'obligation pour les opérateurs économiques en matière de facturation électronique dans le cadre des marchés publics et des contrats de concession (*Moniteur belge* du 31 mars 2022).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST
KANSELARIJ VAN DE EERSTE MINISTER

[C – 2023/46514]

9 MAART 2022. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de modaliteiten aangaande de verplichting voor de ondernemers op het gebied van de elektronische facturering in het kader van overheidsopdrachten en concessieovereenkomsten. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 9 maart 2022 tot vaststelling van de modaliteiten aangaande de verplichting voor de ondernemers op het gebied van de elektronische facturering in het kader van overheidsopdrachten en concessieovereenkomsten (*Belgisch Staatsblad* van 31 maart 2022).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

[C – 2023/46514]

9. MÄRZ 2022 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Modalitäten in Bezug auf die Verpflichtung der Wirtschaftsteilnehmer im Bereich der elektronischen Rechnungsstellung im Rahmen von öffentlichen Aufträgen und Konzessionsverträgen — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 9. März 2022 zur Festlegung der Modalitäten in Bezug auf die Verpflichtung der Wirtschaftsteilnehmer im Bereich der elektronischen Rechnungsstellung im Rahmen von öffentlichen Aufträgen und Konzessionsverträgen.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

9. MÄRZ 2022 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Modalitäten in Bezug auf die Verpflichtung der Wirtschaftsteilnehmer im Bereich der elektronischen Rechnungsstellung im Rahmen von öffentlichen Aufträgen und Konzessionsverträgen

BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

vorliegender Entwurf zielt darauf ab, einige Bestimmungen des Gesetzes vom 7. April 1919 zur Abänderung des Gesetzes vom 17. Juni 1916 über die öffentlichen Aufträge, des Gesetzes vom 17. Juni 1916 über die Konzessionsverträge, des Gesetzes vom 13. August 1911 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Abänderung des Gesetzes vom 4. Mai 1916 über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors auszuführen. Dieses Gesetz ist am 16. April 1919 im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht worden (deutsche Übersetzung: *Belgisches Staatsblatt* vom 1. Oktober 1919).

Das vorerwähnte Gesetz schreibt vor, dass Vergabestellen ab dem 1. April 1919 elektronische Rechnungen, die ihnen von Wirtschaftsteilnehmern übermittelt werden, empfangen und verarbeiten müssen.

Durch die Artikel 6, 14 und 20 dieses Gesetzes werden Wirtschaftsteilnehmer ebenfalls dazu verpflichtet, ihre Rechnungen elektronisch an Vergabestellen zu übermitteln. Die Festlegung des Inkrafttretens dieser Verpflichtung wurde jedoch dem König übertragen.

Diese Ermächtigung wird durch diesen Erlass ausgeführt. Er sieht ein gestaffeltes Inkrafttreten vor. Für öffentliche Aufträge und Konzessionsverträge, deren geschätzter Wert mindestens den Schwellenwert für die europäische Bekanntmachung erreicht, wird die Verpflichtung am ersten Tag des Monats nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten, die am Tag nach der Veröffentlichung des Königlichen Erlasses im *Belgischen Staatsblatt* beginnt, wirksam. Für Aufträge und Konzessionsverträge, deren geschätzter Wert unter diesem Schwellenwert liegt, wird die Verpflichtung am ersten Tag des Monats nach Ablauf einer Frist von zwölf Monaten, die am Tag nach der Veröffentlichung des Königlichen Erlasses im *Belgischen Staatsblatt* beginnt, wirksam. Für Aufträge und Konzessionsverträge, deren geschätzter Wert unter 30.000 EUR ohne Mehrwertsteuer liegt, wird die Verpflichtung jedoch erst am ersten Tag des Monats nach Ablauf einer Frist von achtzehn Monaten, die am Tag nach der Veröffentlichung des Königlichen Erlasses im *Belgischen Staatsblatt* beginnt, wirksam.

Darüber hinaus sieht das Gesetz eine Ausnahme von dieser Verpflichtung für Wirtschaftsteilnehmer vor. So kann bei Aufträgen und Konzessionsverträgen, deren geschätzter Wert bestimmten Beträgen entspricht oder darunter liegt, die elektronische Übermittlung von Rechnungen vermieden werden. Das Gesetz ermächtigt den König, diese Beträge festzulegen.

In diesem Erlass wird dieser Betrag auf 3.000 EUR ohne Mehrwertsteuer festgelegt, und zwar sowohl für Aufträge in den klassischen Bereichen und Sonderbereichen als auch für Konzessionsverträge und für Aufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit.

Daraus folgt, dass Wirtschaftsteilnehmer grundsätzlich nicht verpflichtet sind, ihre Rechnungen elektronisch an Vergabestellen zu übermitteln, wenn der geschätzte Auftragswert 3.000 EUR entspricht oder darunter liegt.

Hinsichtlich der Vereinbarkeit dieser Regeln mit dem Grundsatz des freien Verkehrs ist darauf hinzuweisen, dass die Richtlinie 2014/55/EU in Erwägungsgrund 35 den Mitgliedstaaten die Möglichkeit einräumt, zu beschließen, dass bei öffentlichen Aufträgen nur elektronische Rechnungen gestellt werden dürfen; diese Möglichkeit wurde im Übrigen auch von anderen EU-Mitgliedstaaten genutzt. Frankreich zum Beispiel verpflichtet Unternehmen dazu, ihre Rechnungen an den öffentlichen Sektor in elektronischer Form zu versenden. Darüber hinaus fand eine Harmonisierung statt, um grenzübergreifende Ausschreibungen zu ermöglichen. In der Vergangenheit wurden in den EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Normen für die elektronische Rechnungsstellung verwendet, so dass diese nicht interoperabel waren. Dies wurde durch die Richtlinie 2014/55/EU geändert. Tatsächlich wurde eine semantische Norm entwickelt, die die Struktur der elektronischen Rechnung definiert. Diese Norm trägt dazu bei, das Problem der Fragmentierung von Lösungen für die elektronische Rechnungsstellung zu lösen. Sie ergänzt die bestehenden sektoralen Normen durch eine sektorübergreifende und europaweite Norm. Die elektronische Rechnungsstellung entspricht also nicht nur den Bedürfnissen der Vergabestellen, sondern bietet auch eine Lösung für die Probleme der sektor- und grenzübergreifenden Rechnungsstellung. Diese gemeinsame europäische Norm ermöglicht eine größere Interoperabilität zwischen den Mitgliedstaaten. Schließlich wurde eine Lösung für Wirtschaftsteilnehmer gefunden, die nicht über das entsprechende Informatikmaterial verfügen. Das Mercurius-Portal bietet eine kostenlose Lösung an. Mithilfe eines Internetformulars können Wirtschaftsteilnehmer ihre Rechnungen an Vergabestellen eingeben, die elektronische Rechnungen verlangen. So haben sie Zeit, ein Produkt zu finden, das ihren Bedürfnissen besser entspricht; wenn sie nicht investieren wollen, da die Nutzung der elektronischen Rechnungsstellung zum Beispiel auf einen Auftrag beschränkt ist, können sie die Basislösung nutzen. Aus diesen Gründen scheint die elektronische Rechnungsstellung also nicht dazu zu führen, dass der freie Verkehr eingeschränkt oder der tatsächliche Zugang von Wirtschaftsteilnehmern zu öffentlichen Aufträgen erschwert wird.

Schließlich sei daran erinnert, dass es den Vergabestellen selbst oder ihren Aufsichtsbehörden weiterhin freisteht, strengere Maßnahmen in Bezug auf die elektronische Rechnungsstellung zu ergreifen. Sie könnten beispielsweise beschließen, den zeitlichen Anwendungsbereich anzupassen (indem sie ein früheres Datum als das Datum des Inkrafttretens vorsehen) oder den sachlichen Anwendungsbereich anzupassen (indem sie die elektronische Rechnungsstellung auf Aufträge für anwendbar erklären, die vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen sind). Die Vergabestellen, die von strengeren Maßnahmen Gebrauch machen möchten, müssen dies jedoch in ihren Auftragsunterlagen erwähnen.

Wir haben die Ehre,

Sire,

die ehrerbietigen und getreuen Diener

Eurer Majestät zu sein.

Der Premierminister

A. DE CROO

Die Ministerin des Öffentlichen Dienstes

P. DE SUTTER

Der Minister der KMB

D. CLARINVAL

Der Staatssekretär für Digitalisierung, beauftragt mit der Administrativen Vereinfachung

M. MICHEL

9. MÄRZ 2022 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Modalitäten in Bezug auf die Verpflichtung der Wirtschaftsteilnehmer im Bereich der elektronischen Rechnungsstellung im Rahmen von öffentlichen Aufträgen und Konzessionsverträgen

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die öffentlichen Aufträge, des Artikels 14/1 Absatz 4;

Aufgrund des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die Konzessionsverträge, des Artikels 32/1 Absatz 4;

Aufgrund des Gesetzes vom 13. August 2011 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit, des Artikels 11/1 Absatz 4;

Aufgrund des Gesetzes vom 7. April 2019 zur Abänderung des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die öffentlichen Aufträge, des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die Konzessionsverträge, des Gesetzes vom 13. August 2011 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Abänderung des Gesetzes vom 4. Mai 2016 über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors, des Artikels 26 Absatz 3;

Aufgrund der Stellungnahme der Kommission für die Öffentlichen Aufträge vom 1. Juni 2021;

Aufgrund der Stellungnahme des Hohen Rates für Selbständige und KMB vom 29. Juni 2021;

Aufgrund der Auswirkungsanalyse beim Erlass von Vorschriften, die gemäß den Artikeln 6 § 1 und 7 § 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen administrative Vereinfachung am 26. Juli 2021 durchgeführt worden ist;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 5. August 2021;

Aufgrund des Einverständnisses der Staatssekretärin für Haushalt vom 22. September 2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 70.734/1 des Staatsrates vom 18. Januar 2022, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag des Premierministers, der Ministerin des Öffentlichen Dienstes, des Ministers der KMB und des Staatssekretärs für Digitalisierung, beauftragt mit der Administrativen Vereinfachung, und aufgrund der Stellungnahme der Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Die Artikel 6, 14 und 20 des Gesetzes vom 7. April 2019 zur Abänderung des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die öffentlichen Aufträge, des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die Konzessionsverträge, des Gesetzes vom 13. August 2011 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Abänderung des Gesetzes vom 4. Mai 2016 über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors treten in Kraft am:

1. ersten Tag des Monats nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten, die am Tag nach der Veröffentlichung des vorliegenden Erlasses im *Belgischen Staatsblatt* beginnt, für öffentliche Aufträge und Konzessionsverträge, deren geschätzter Wert mindestens den Schwellenwert für die europäische Bekanntmachung erreicht und die ab diesem Datum veröffentlicht werden oder hätten veröffentlicht werden müssen, und für öffentliche Aufträge und Konzessionsverträge, für die in Ermangelung einer Verpflichtung zur vorherigen Bekanntmachung ab diesem Datum zur Abgabe eines Angebots aufgefordert wird. Für diese öffentlichen Aufträge und Konzessionsverträge ist das zu berücksichtigende Veröffentlichungsdatum das Datum der Veröffentlichung im Anzeiger der Ausschreibungen,

2. ersten Tag des Monats nach Ablauf einer Frist von zwölf Monaten, die am Tag nach der Veröffentlichung des vorliegenden Erlasses im *Belgischen Staatsblatt* beginnt, für öffentliche Aufträge und Konzessionsverträge, deren geschätzter Wert unter dem Schwellenwert für die europäische Bekanntmachung liegt, aber mindestens 30.000 EUR ohne Mehrwertsteuer erreicht, und die ab diesem Datum veröffentlicht werden oder hätten veröffentlicht werden müssen, und für öffentliche Aufträge und Konzessionsverträge, für die in Ermangelung einer Verpflichtung zur vorherigen Bekanntmachung ab diesem Datum zur Abgabe eines Angebots aufgefordert wird,

3. ersten Tag des Monats nach Ablauf einer Frist von achtzehn Monaten, die am Tag nach der Veröffentlichung des vorliegenden Erlasses im *Belgischen Staatsblatt* beginnt, für öffentliche Aufträge und Konzessionsverträge, deren geschätzter Wert unter 30.000 EUR ohne Mehrwertsteuer liegt und die ab diesem Datum veröffentlicht werden oder hätten veröffentlicht werden müssen, und für öffentliche Aufträge und Konzessionsverträge, für die in Ermangelung einer Verpflichtung zur vorherigen Bekanntmachung ab diesem Datum zur Abgabe eines Angebots aufgefordert wird.

Art. 2 - Der Betrag erwähnt in Artikel 14/1 Absatz 4 des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die öffentlichen Aufträge, eingefügt durch das Gesetz vom 7. April 2019, wird auf 3.000 EUR ohne Mehrwertsteuer festgelegt.

Art. 3 - Der Betrag erwähnt in Artikel 32/1 Absatz 4 des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die Konzessionsverträge, eingefügt durch das Gesetz vom 7. April 2019, wird auf 3.000 EUR ohne Mehrwertsteuer festgelegt.

Art. 4 - Der Betrag erwähnt in Artikel 11/1 Absatz 4 des Gesetzes vom 13. August 2011 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit, eingefügt durch das Gesetz vom 7. April 2019, wird auf 3.000 EUR ohne Mehrwertsteuer festgelegt.

Art. 5 - Vorliegender Königlicher Erlass tritt an dem in Artikel 1 Nr. 3 des vorliegenden Erlasses festgelegten Tag in Kraft, außer in Bezug auf die Anwendung von:

1. Artikel 1 Nr. 1, der an dem in Artikel 1 Nr. 1 festgelegten Tag in Kraft tritt,
2. Artikel 1 Nr. 2, der an dem in Artikel 1 Nr. 2 festgelegten Tag in Kraft tritt.

Art. 6 - Der Premierminister, der für den Öffentlichen Dienst zuständige Minister, der für die Kleinen und Mittleren Betriebe zuständige Minister und der für die Digitalisierung zuständige Minister sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 9. März 2022

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Premierminister

A. DE CROO

Die Ministerin des Öffentlichen Dienstes

P. DE SUTTER

Der Minister der KMB

D. CLARINVAL

Der Staatssekretär für Digitalisierung, beauftragt mit der Administrativen Vereinfachung

M. MICHEL

SERVICE PUBLIC FEDERAL STRATEGIE ET APPUI

[C – 2023/47137]

5 JUILLET 2023. — Arrêté royal portant troisième répartition du crédit provisionnel inscrit au programme 06-90-1 de la loi du 26 décembre 2022 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2023 et destiné à couvrir des dépenses dans le cadre de la présidence belge de l'Union européenne lors du 1^{er} semestre 2024

PHILIPPE, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 26 décembre 2022 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2023, l'article 2.06.2;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 15 juin 2023;

Considérant les décisions du Conseil des Ministres du 18 octobre 2022, point 1, concernant le budget pluriannuel 2023-2024 - Notifications;

Considérant que tous les dossiers repris ont été soumis à la procédure du contrôle administratif et budgétaire ;

Considérant qu'un crédit d'engagement de 60.000.000 euros et un crédit de liquidation provisionnel de 40.000.000 euros, destiné à couvrir des dépenses dans le cadre de la présidence belge de l'Union européenne lors du 1^{er} semestre 2024, est inscrit au programme 06-90-1 de la loi du 26 décembre 2022 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2023;

Considérant qu'aucun crédit n'est prévu aux sections 02 – SPF Chancellerie du Premier Ministre ; 13 – SPF Intérieur ; 14 – SPF Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au Développement ; 17 – SPF Police fédérale et Fonctionnement intégré ; 18 – SPF Finances ; 24 – SPF Sécurité Sociale ; 25 – SPF Santé publique, Sécurité de la Chaîne alimentaire et Environnement ; 32 – SPF Economie, PME, Classes Moyennes et Energie ; 33 – SPF Mobilité et Transports et 44 – SPP Intégration Sociale, Lutte contre la Pauvreté, Economie sociale et Politique des grandes Villes de la loi du 26 décembre 2022 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2023 pour couvrir les dépenses dans le cadre de la présidence belge de l'Union européenne lors du 1^{er} semestre 2024;

Sur la proposition de la secrétaire d'Etat au Budget et de l'avis des Ministres qui en ont délibéré en Conseil,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Un crédit d'engagement de 11.539.081 euros et un crédit de liquidation de 7.107.853 euros sont prélevés du crédit provisionnel, inscrit au programme 06-90-1 (allocation de base 90.10.01.00.12) de la loi du 26 décembre 2022 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2023, et sont répartis conformément au tableau ci-annexé.

Les montants figurant dans ce tableau sont rattachés aux crédits prévus pour l'année budgétaire 2023 aux programmes et allocations de base concernés.

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le 12 juillet 2023.

Art. 3. Le ministre qui a le Budget dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 5 juillet 2023.

PHILIPPE

Par le Roi :

La secrétaire d'Etat au Budget,
A. BERTRAND

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BELEID EN ONDERSTEUNING

[C – 2023/47137]

5 JULI 2023. — Koninklijk besluit houdende derde verdeling van het provisioneel krediet ingeschreven in het programma 06-90-1 van de wet van 26 december 2022 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2023 en bestemd tot het dekken van de uitgaven in het kader van de Europese unie voorzitterschap tijdens de 1ste semester 2024

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 26 december 2022 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2023, artikel 2.06.2;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 15 juni 2023;

Overwegende de beslissingen van de Ministerraad van 18 oktober 2022, punt 1, betreffende de meerjarenbegroting 2023-2024 - Notificaties;

Overwegende dat alle opgenomen dossiers werden voorgelegd aan de administratieve en begrotingscontrole;

Overwegende dat op het programma 06-90-1 van de wet van 26 december 2022 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2023 een provisioneel vastleggingskrediet van 60.000.000 euro en een provisioneel vereffeningskrediet van 40.000.000 euro is ingeschreven, bestemd tot het dekken van de uitgaven in het kader van de Europese unie voorzitterschap tijdens de 1ste semester 2024;

Overwegende dat op de secties 02 – FOD Kanselarij van de Eerste Minister; 13 – FOD Binnenlandse Zaken; 14 – FOD Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking; 17 – FOD Federale Politie en Geïntegreerde Werking; 18 – FOD Financiën; 24 – FOD Sociale Zekerheid; 25 – FOD Volksgezondheid, Veiligheid van de Voedselketen en Leefmilieu; 32 – FOD Economie, KMO, Middenstand en Energie; 33 – FOD Mobiliteit en Vervoer en 44 – POD Maatschappelijke Integratie, Armoedebestrijding, Sociale Economie en Grootstedenbeleid van de wet van 26 december 2022 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2023 geen enkel krediet is uitgetrokken om de uitgaven te dekken in het kader van de Europese unie voorzitterschap tijdens de 1ste semester 2024;

Op de voordracht van de staatssecretaris voor Begroting, en op het advies van de in Raad vergaderde Ministers,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Een vastleggingskrediet van 11.539.081 euro en een vereffeningskrediet van 7.107.853 euro worden afgenomen van het provisioneel krediet, ingeschreven op het programma 06-90-1 (basisallocatie 90.10.01.00.12) van de wet van 26 december 2022 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2023, en wordt verdeeld overeenkomstig de bijgevoegde tabel.

De in deze tabel vermelde bedragen worden gevoegd bij de kredieten die onder de betrokken programma's en basisallocaties zijn uitgetrokken voor het begrotingsjaar 2023.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op 12 juli 2023.

Art. 3. De minister bevoegd voor Begroting is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 5 juli 2023.

PHILIPPE

Par le Roi :

De staatssecretaris voor Begroting,
A. BERTRAND

ANNEXE -
BIJLAGE

Articles légaux -- Wettelijke artikels			Activités --	Allocations de base --	Crédits d'engagement (en euros) --	Crédits de liquidation (en euros) --
Départements -- Departementen	Divisions -- Afdelingen	Programmes -- Programma's	Activiteiten	Basisallocaties	Vastleggings- kredieten (in euro)	Vereffenings- kredieten (in euro)
<u>Section 02: SPF Chancellerie du Premier Ministre -</u> <u>Sectie 02: FOD Kanselarij van de Eerste Minister</u>						
02	31	5	0	11.00.04	256.213	256.213
02	31	5	0	12.11.01	445.000	
02	31	5	0	12.11.29	10.000	10.000
				Total - Totaal	711.213	266.213
<u>Section 13: SPF Intérieur -</u> <u>Sectie 13: FOD Binnenlandse Zaken</u>						
13	21	1	0	41.40.44	59.722	59.722
				Total - Totaal	59.722	59.722
<u>Section 14: SPF Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au Développement</u> <u>Sectie 14: FOD Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking</u>						
14	40	8	1	12.11.20	677.000	677.000
14	40	8	1	12.11.04	714.529	714.529
14	40	8	1	12.11.10	3.084.202	293.913
14	40	8	1	72.00.01	103.290	103.290
14	42	0	2	12.11.01	105.164	105.164
14	42	0	2	74.22.04		117.028
				Total - Totaal	4.684.185	2.010.924
<u>Section 17: SPF Police fédérale et Fonctionnement intégré -</u> <u>Sectie 17: FOD Federale Politie en Geïntegreerde Werking</u>						
17	44	8	3	12.11.01	443.322	
				Total - Totaal	443.322	
<u>Section 18: SPF Finances -</u> <u>Sectie 18: FOD Financiën</u>						
18	40	0	2	12.11.01	52.000	52.000
18	40	5	1	11.00.04	1.004.000	1.004.000
18	40	5	2	12.11.01	885.000	300.000

				Total - Totaal	1.941.000	1.356.000
<u>Section 24: SPF Sécurité Sociale</u> <u>Sectie 24: FOD Sociale Zekerheid</u>						
24	21	6	2	12.11.01	4.000	4.000
24	21	5	2	12.11.04	2.000	2.000
24	57	7	1	11.00.04	65.000	65.000
24	57	7	2	12.11.01	165.000	60.000
				Total - Totaal	236.000	131.000
<u>Section 25: SPF Santé publique, Sécurité de la Chaîne alimentaire et Environnement -</u> <u>Sectie 25: FOD Volksgezondheid, Veiligheid van de Voedselketen en Leefmilieu</u>						
25	21	6	1	11.00.04	1.817.274	1.817.274
25	21	6	1	41.40.01	110.300	110.300
25	21	6	1	42.20.01	220.599	220.599
25	21	6	1	41.40.03	352.703	352.703
25	21	6	1	12.11.99	114.000	114.000
25	21	6	1	12.11.01	314.058	284.413
25	21	6	1	12.11.04	12.500	12.500
				Total - Totaal	2.941.434	2.911.789
<u>Section 32: SPF Economie, PME, Classes Moyennes et Energie -</u> <u>Sectie 32: FOD Economie, KMO, Middenstand en Energie</u>						
32	21	8	0	12.11.03	150.000	
				Total - Totaal	150.000	
<u>Section 33: SPF Mobilité et Transports -</u> <u>Sectie 33: FOD Mobiliteit en Vervoer</u>						
33	21	3	1	12.11.01	159.746	159.746
				Total - Totaal	159.746	159.746
<u>Section 44: SPP Intégration Sociale, Lutte contre la Pauvreté, Economie sociale et Politique des grandes Villes -</u> <u>Sectie 44: POD Maatschappelijke Integratie, Armoedebestrijding, Sociale Economie en Grootstedenbeleid</u>						
44	55	3	1	11.00.04	201.959	201.959
44	55	0	2	12.11.01	10.500	10.500
				Total - Totaal	212.459	212.459
TOTAL - TOTAAL					11.539.081	7.107.853

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 5 juillet 2023.

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 5 juli 2023.

PHILIPPE

Par le Roi :

La secrétaire d'Etat au Budget,
A. BERTRAND

FILIP

Van Koningswege :

De staatssecretaris voor Begroting,
A. BERTRAND

SERVICE PUBLIC FEDERAL STRATEGIE ET APPUI

[C – 2023/47138]

5 NOVEMBRE 2023. — Arrêté royal portant quatrième répartition du crédit provisionnel inscrit au programme 06-90-1 de la loi du 26 décembre 2022 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2023 et destiné à couvrir des dépenses dans le cadre de la présidence belge de l'Union européenne lors du 1^{er} semestre 2024

PHILIPPE, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 26 décembre 2022 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2023, l'article 2.06.2;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 19 octobre 2023;

Considérant les décisions du Conseil des Ministres du 18 octobre 2022, point 1, concernant le budget pluriannuel 2023-2024 - Notifications;

Considérant que tous les dossiers repris ont été soumis à la procédure du contrôle administratif et budgétaire ;

Considérant qu'un crédit d'engagement de 60.000.000 euros et un crédit de liquidation provisionnel de 40.000.000 euros, destiné à couvrir des dépenses dans le cadre de la présidence belge de l'Union européenne lors du 1^{er} semestre 2024, est inscrit au programme 06-90-1 de la loi du 26 décembre 2022 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2023;

Considérant qu'aucun crédit n'est prévu aux sections 02 – SPF Chancellerie du Premier Ministre ; 07 – Organes indépendants ; 12 – SPF Justice ; 13 – SPF Intérieur ; 14 – SPF Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au Développement ; 16 – Ministère de la Défense nationale ; 17 – SPF Police fédérale et Fonctionnement intégré ; 18 – SPF Finances ; 23 – SPF Emploi, Travail et Concertation sociale ; 24 – SPF Sécurité Sociale ; 25 – SPF Santé publique, Sécurité de la Chaîne alimentaire et Environnement ; 33 – SPF Mobilité et Transports ; 46 – SPP Politique scientifique, de la loi du 26 décembre 2022 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2023 pour couvrir les dépenses dans le cadre de la présidence belge de l'Union européenne lors du 1^{er} semestre 2024;

Sur la proposition de la secrétaire d'Etat au Budget et de l'avis des Ministres qui en ont délibéré en Conseil,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Un crédit d'engagement de 7.775.997 euros et un crédit de liquidation de 2.913.555 euros sont prélevés du crédit provisionnel, inscrit au programme 06-90-1 (allocation de base 90.10.01.00.12) de la loi du 26 décembre 2022 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2023, et sont répartis conformément au tableau ci-annexé.

Les montants figurant dans ce tableau sont rattachés aux crédits prévus pour l'année budgétaire 2023 aux programmes et allocations de base concernés.

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le 10 novembre 2023.

Art. 3. Le ministre qui a le Budget dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 5 novembre 2023.

PHILIPPE

Par le Roi :

La secrétaire d'Etat au Budget,
A. BERTRAND

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BELEID EN ONDERSTEUNING

[C – 2023/47138]

5 NOVEMBER 2023. — Koninklijk besluit houdende vierde verdeling van het provisioneel krediet ingeschreven in het programma 06-90-1 van de wet van 26 december 2022 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2023 en bestemd tot het dekken van de uitgaven in het kader van de Europese unie voorzitterschap tijdens de 1ste semester 2024

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 26 december 2022 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2023, artikel 2.06.2;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 19 oktober 2023;

Overwegende de beslissingen van de Ministerraad van 18 oktober 2022, punt 1, betreffende de meerjarenbegroting 2023-2024 - Notificaties;

Overwegende dat alle opgenomen dossiers werden voorgelegd aan de administratieve en begrotingscontrole;

Overwegende dat op het programma 06-90-1 van de wet van 26 december 2022 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2023 een provisioneel vastleggingskrediet van 60.000.000 euro en een provisioneel vereffeningskrediet van 40.000.000 euro is ingeschreven, bestemd tot het dekken van de uitgaven in het kader van de Europese unie voorzitterschap tijdens de 1ste semester 2024;

Overwegende dat op de secties 02 – FOD Kanselarij van de Eerste Minister; 07 – Onafhankelijke organen; 12 – FOD Justitie; 13 – FOD Binnenlandse Zaken; 14 – FOD Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking; 16 – Ministerie van Landsverdediging; 17 – FOD Federale Politie en Geïntegreerde Werking; 18 – FOD Financiën; 23 – FOD Werkgelegenheid, Arbeid en Sociaal Overleg; 24 – FOD Sociale Zekerheid; 25 – FOD Volksgezondheid, Veiligheid van de Voedselketen en Leefmilieu; 33 – FOD Mobiliteit en Vervoer; 46 – POD Wetenschapsbeleid, van de wet van 26 december 2022 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2023 geen enkel krediet is uitgetrokken om de uitgaven te dekken in het kader van de Europese unie voorzitterschap tijdens de 1ste semester 2024;

Op de voordracht van de staatssecretaris voor Begroting, en op het advies van de in Raad vergaderde Ministers,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Een vastleggingskrediet van 7.775.997 euro en een vereffeningskrediet van 2.913.555 euro worden afgenomen van het provisioneel krediet, ingeschreven op het programma 06-90-1 (basisallocatie 90.10.01.00.12) van de wet van 26 december 2022 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2023, en wordt verdeeld overeenkomstig de bijgevoegde tabel.

De in deze tabel vermelde bedragen worden gevoegd bij de kredieten die onder de betrokken programma's en basisallocaties zijn uitgetrokken voor het begrotingsjaar 2023.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op 10 november 2023.

Art. 3. De minister bevoegd voor Begroting is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 5 november 2023.

FILIP

Van Koningswege :

De staatssecretaris voor Begroting,
A. BERTRAND

ANNEXE -
BIJLAGE

Articles légaux -- Wettelijke artikels			Activités --	Allocations de base --	Crédits d'engagement (en euros) --	Crédits de liquidation (en euros) --
Départements -- Departementen	Divisions -- Afdelingen	Programmes -- Programma's	Activiteiten	Basisallocaties	Vastleggings- kredieten (in euro)	Vereffenings- kredieten (in euro)
<u>Section 02: SPF Chancellerie du Premier Ministre -</u> <u>Sectie 02: FOD Kanselarij van de Eerste Minister</u>						
02	31	5	0	12.11.01	225.000	117.000
02	33	2	1	11.00.04	46.800	46.800
02	33	2	1	12.11.01	230.000	
02	34	2	0	11.00.04	14.586	14.586
02	34	2	0	12.11.01	1.500	1.500
				Total - Totaal	517.886	179.886
<u>Section 07: Organes indépendants -</u> <u>Sectie 07: Onafhankelijke organen</u>						
07	41	1	0	41.40.01	247.430	247.430
				Total - Totaal	247.430	247.430
<u>Section 12: SPF Justice -</u> <u>Sectie 12: FOD Justitie</u>						
12	58	6	1	12.11.01	267.360	127.820
				Total - Totaal	267.360	127.820
<u>Section 13: SPF Intérieur -</u> <u>Sectie 13: FOD Binnenlandse Zaken</u>						
13	21	1	0	12.11.01	144.412	42.466
				Total - Totaal	144.412	42.466
<u>Section 14: SPF Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au Développement</u> <u>Sectie 14: FOD Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking</u>						
14	40	8	1	12.11.10	892.868	
14	40	8	1	33.00.01	350.000	
14	40	8	1	41.40.01	495.000	
				Total - Totaal	1.737.868	

Section 16: Ministère de la Défense nationale -Sectie 16: Ministerie van Landsverdediging

16	50	8	8	11.00.04	88.619	88.619
16	50	8	8	12.11.01	739.500	150.500
				Total - Totaal	828.119	239.119

Section 17: SPF Police fédérale et Fonctionnement intégré -Sectie 17: FOD Federale Politie en Geïntegreerde Werking

17	44	8	3	12.11.01	10.678	136.000
				Total - Totaal	10.678	136.000

Section 18: SPF Finances -Sectie 18: FOD Financiën

18	40	5	2	12.11.01		130.000
				Total - Totaal		130.000

Section 23: SPF Emploi, Travail et Concertation sociale -Sectie 23: FOD Werkgelegenheid, Arbeid en Sociaal Overleg

23	52	6	1	12.11.01	932.000	
				Total - Totaal	932.000	

Section 24: SPF Sécurité SocialeSectie 24: FOD Sociale Zekerheid

24	57	7	2	12.11.01	12.000	166.000
				Total - Totaal	12.000	166.000

Section 25: SPF Santé publique, Sécurité de la Chaîne alimentaire et Environnement -Sectie 25: FOD Volksgezondheid, Veiligheid van de Voedselketen en Leefmilieu

25	21	6	1	42.20.01	80.000	80.000
25	21	6	1	41.40.03	28.916	28.916
25	21	6	1	12.11.01	1.732.214	1.232.540
25	21	6	1	12.11.04	12.500	12.500
				Total - Totaal	1.853.630	1.353.956

Section 33: SPF Mobilité et Transports -Sectie 33: FOD Mobiliteit en Vervoer

33	21	3	0	12.11.99	49.550	49.550
33	21	3	1	12.11.01	768.736	
				Total - Totaal	818.286	49.550

Section 46: SPP Politique scientifique - Sectie 46: POD Wetenschapsbeleid						
46	21	0	1	11.00.04	161.062	161.062
46	21	1	1	11.00.04	33.266	33.266
46	21	0	1	12.11.01	12.000	12.000
46	21	1	1	12.11.01	200.000	35.000
				Total - Totaal	406.328	241.328
				TOTAL - TOTAAL	7.775.997	2.913.555

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 5 novembre 2023.

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 5 november 2023.

PHILIPPE

Par le Roi :

La secrétaire d'Etat au Budget,
A. BERTRAND

FILIP

Van Koningswege :

De staatssecretaris voor Begroting,
A. BERTRAND

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C – 2023/46764]

25 OCTOBRE 2023. — Arrêté royal modifiant la liste des personnes et entités visée aux articles 3 et 5 de l’arrêté royal du 28 décembre 2006 relatif aux mesures restrictives spécifiques à l’encontre de certaines personnes et entités dans le cadre de la lutte contre le financement du terrorisme

PHILIPPE, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 11 mai 1995 relative à la mise en œuvre des décisions du Conseil de Sécurité de l’Organisation des Nations Unies, l’article 1^{er} ;

Vu l’arrêté royal du 28 décembre 2006 relatif aux mesures restrictives spécifiques à l’encontre de certaines personnes et entités dans le cadre de la lutte contre le financement du terrorisme, les articles 3 et 5 ;

Vu l’arrêté royal du 30 mai 2016 établissant la liste des personnes et entités visée aux articles 3 et 5 de l’arrêté royal du 28 décembre 2006 relatif aux mesures restrictives spécifiques à l’encontre de certaines personnes et entités dans le cadre de la lutte contre le financement du terrorisme, modifié en dernier lieu par l’arrêté royal du 25 avril 2023 ;

Vu la proposition du Conseil national de Sécurité de modifier la liste des personnes et entités annexée à l’arrêté royal du 28 décembre 2006 relatif aux mesures restrictives spécifiques à l’encontre de certaines personnes et entités dans le cadre de la lutte contre le financement du terrorisme, modifié en dernier lieu par l’arrêté royal du 25 avril 2023, sur base de la réévaluation de cette liste par l’Organe de coordination pour l’analyse de la menace après concertation avec l’autorité judiciaire compétente ;

Vu l’approbation par le Conseil des ministres en octobre 2023 de la liste en Annexe du présent arrêté ;

Considérant que la personne mentionnée à la liste de l’Annexe du présent arrêté n’est plus suspectée de commettre ou de tenter de commettre des infractions terroristes, de les faciliter ou d’y participer ; que la radiation du nom de cette personne de la liste en Annexe au présent arrêté ne porte pas préjudice aux compétences des services judiciaires, de police, de renseignement et de sécurité et que les fonds et les ressources économiques de la personne mentionnée à la liste en Annexe au présent arrêté doivent être dégelés et qu’il est à nouveau autorisé de mettre à disposition directement ou indirectement des fonds ou des ressources économiques au profit de cette personne ;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C – 2023/46764]

25 OKTOBER 2023. — Koninklijk besluit tot wijziging van de lijst van personen en entiteiten bedoeld in artikelen 3 en 5 van het koninklijk besluit van 28 december 2006 inzake specifieke beperkende maatregelen tegen bepaalde personen en entiteiten met het oog op de strijd tegen de financiering van het terrorisme

FILIP, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 11 mei 1995 inzake de tenuitvoerlegging van de besluiten van de Veiligheidsraad van de Organisatie van de Verenigde Naties, artikel 1 ;

Gelet op het koninklijk besluit van 28 december 2006 inzake specifieke beperkende maatregelen tegen bepaalde personen en entiteiten met het oog op de strijd tegen de financiering van het terrorisme, artikelen 3 en 5 ;

Gelet op het koninklijk besluit van 30 mei 2016 tot vaststelling van de lijst van personen en entiteiten bedoeld in artikelen 3 en 5 van het koninklijk besluit van 28 december 2006 inzake specifieke beperkende maatregelen tegen bepaalde personen en entiteiten met het oog op de financiering van het terrorisme, laatstelijk gewijzigd bij koninklijk besluit van 25 april 2023 ;

Gelet op het voorstel van de Nationale Veiligheidsraad om de lijst van de personen en entiteiten bijgevoegd aan het koninklijk besluit van 28 december 2006 inzake specifieke beperkende maatregelen tegen bepaalde personen en entiteiten met het oog op de financiering van het terrorisme, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 25 april 2023, te wijzigen op basis van de herbeoordeling van deze lijst door het Coördinatieorgaan voor de dreigingsanalyse, na overleg met de bevoegde gerechtelijke overheid ;

Gelet op de goedkeuring door de Ministerraad van oktober 2023 van de lijst van Bijlage bij dit besluit ;

Overwegende dat de persoon vermeld op de lijst in Bijlage bij dit besluit er niet langer van verdacht wordt terroristische daden te stellen of poogt te stellen, ze te vergemakkelijken of eraan deel te nemen ; dat de schrapping van de naam van de persoon vermeld op de lijst in Bijlage bij dit besluit geen afbreuk doet aan de bevoegdheden van de gerechtelijke, politieke en inlichtingen- en veiligheidsdiensten en dat de tegoeden en economische middelen van de persoon vermeld in de lijst van Bijlage bij dit besluit mogen worden vrijgegeven en dat het opnieuw is toegelaten om tegoeden en economische middelen direct of indirect ter beschikking te stellen van dit persoon ;

Considérant que la décision motivée du Conseil des ministres de radier la personne figurant à la liste en Annexe précitée lui sera individuellement notifiée ;

Sur la proposition du Ministre des Finances,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. La liste contenue dans l'Annexe de la personne à supprimer dans la liste des personnes et entités visée aux articles 3 et 5 de l'arrêté royal du 28 décembre 2006 relatif aux mesures restrictives spécifiques à l'encontre de certaines personnes et entités dans le cadre de la lutte contre le financement du terrorisme, établie par l'arrêté royal du 30 mai 2016 et modifiée en dernier lieu par l'arrêté royal du 25 avril 2023, est annexée au présent arrêté.

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.

Art. 3. Le ministre qui a les Finances dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 25 octobre 2023.

PHILIPPE

Par le Roi :

Le Ministre des Finances,
V. VAN PETEGHEM

Annexe

Annexe supprimant 1 personne de la liste de l'arrêté royal du 25 octobre 2023 modifiant la liste des personnes et entités visée aux articles 3 et 5 de l'arrêté royal du 28 décembre 2006 relatif aux mesures restrictives spécifiques à l'encontre de certaines personnes et entités dans le cadre de la lutte contre le financement du terrorisme

Liste de la personne à supprimer de la liste des personnes et entités visée aux articles 3 et 5 de l'arrêté royal du 28 décembre 2006 relatif aux mesures restrictives spécifiques à l'encontre de certaines personnes et entités dans le cadre de la lutte contre le financement du terrorisme :

1. DUDUEV DINISLAM
(NRN : 81.06.30-479.73)

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 25 octobre 2023 modifiant la liste des personnes et entités visée aux articles 3 et 5 de l'arrêté royal du 28 décembre 2006 relatif aux mesures restrictives spécifiques à l'encontre de certaines personnes et entités dans le cadre de la lutte contre le financement du terrorisme.

PHILIPPE

Par le Roi :

Le Vice-Premier Ministre et Ministre des Finances,
V. VAN PETEGHEM

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C – 2023/46403]

9 NOVEMBRE 2023. — Arrêté modifiant l'arrêté du Président du comité de direction du SPF Finances du 15 juin 2018 établissant les tâches dont l'Administration Sécurité juridique est chargée, et déterminant les compétences ainsi que le siège de ses services opérationnels

Le Président du Comité de direction,

Vu l'arrêté royal du 3 décembre 2009 organique des services opérationnels du Service public fédéral Finances, article 1, modifié par les arrêtés royaux du 19 juillet 2013 et du 6 septembre 2018, et article 6, remplacé par l'arrêté royal du 17 janvier 2019 et modifié en dernier lieu par arrêté royal du 5 novembre 2023 ;

Vu l'arrêté royal du 15 mars 2010 relatif à la création de services au sein du Service public fédéral Finances, à la fixation de leur siège et à leurs compétences matérielles et territoriales ;

Overwegende dat de gemotiveerde beslissing van de Ministerraad om de persoon te schrappen vermeld op de lijst van Bijlage hem individueel zal worden ter kennis gebracht;

Op de voordracht van de Minister van Financiën,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De lijst vervat in Bijlage van de persoon te schrappen in de lijst van personen en entiteiten bedoeld in artikelen 3 en 5 van het koninklijk besluit van 28 december 2006 inzake specifieke beperkende maatregelen tegen bepaalde personen en entiteiten met het oog op de strijd tegen de financiering van het terrorisme, vastgesteld bij het koninklijk besluit van 30 mei 2016 en laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 25 april 2023, is als bijlage bij dit besluit gevoegd.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Art. 3. De minister bevoegd voor Financiën is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 25 oktober 2023.

FILIP

Van Koningswege :

De Minister van Financiën,
V. VAN PETEGHEM

Bijlage

Bijlage schrappend 1 persoon van de lijst bij het koninklijk besluit van 25 oktober 2023 tot wijziging van de lijst van personen en entiteiten bedoeld in artikelen 3 en 5 van het koninklijk besluit van 28 december 2006 inzake specifieke beperkende maatregelen tegen bepaalde personen en entiteiten met het oog op de strijd tegen de financiering van het terrorisme

List van de persoon te schrappen van de lijst van personen en entiteiten bedoeld in artikelen 3 en 5 van het koninklijk besluit van 28 december 2006 inzake specifieke beperkende maatregelen tegen bepaalde personen en entiteiten met het oog op de strijd tegen de financiering van het terrorisme:

1. DUDUEV DINISLAM
(NRN : 81.06.30-479.73)

Gezien om gevoegd te worden bij Ons besluit van 25 oktober 2023 tot wijziging van de lijst van personen en entiteiten bedoeld in artikelen 3 en 5 van het koninklijk besluit van 28 december 2006 inzake specifieke beperkende maatregelen tegen bepaalde personen en entiteiten met het oog op de strijd tegen de financiering van het terrorisme.

FILIP

Van Koningswege :

De Vice-Eerste Minister en Minister van Financiën,
V. VAN PETEGHEM

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIËN

[C – 2023/46403]

9 NOVEMBER 2023. — Besluit tot wijziging van het besluit van de Voorzitter van het directiecomité van de FOD Financiën van 15 juni 2018 tot vaststelling van de taken waarmee de Administratie Rechtszekerheid is belast en tot vaststelling van de bevoegdheden en de zetel van haar operationele diensten

De Voorzitter van het Directiecomité,

Gelet op het koninklijk besluit van 3 december 2009 houdende regeling van de operationele diensten van de Federale Overheidsdienst Financiën, artikel 1, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 19 juli 2013 en van 6 september 2018, en artikel 6, vervangen bij het koninklijk besluit van 17 januari 2019 en laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 5 november 2023 ;

Gelet op het koninklijk besluit van 15 maart 2010 betreffende de oprichting van diensten in de schoot van de Federale Overheidsdienst Financiën, de vaststelling van hun zetel en van hun materiële en territoriale bevoegdheid;